



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Angriff auf die Windkraft: Der Energiewende droht das Aus**

Bericht: Jochen Taßler, Lara Straatmann, Adrian Breda

Datum: 29.08.2019

Georg Restle: „Es gibt kaum ein Thema, über das in Deutschland gerade so heftig gestritten wird wie über die Windkraft. Klar ist nur, will die Bundesregierung ihre Klimaziele auch nur annähernd erreichen, muss die Windkraft deutlich ausgebaut werden. Doch dagegen stehen die gut organisierten Windkraftgegner im Land. Einige mit durchaus nachvollziehbaren Argumenten, andere mit wildesten Verschwörungstheorien. Aber ausgerechnet die scheinen immer mehr Oberwasser zu kriegen und sogar Regierungspolitiker mehr und mehr zu beeindrucken. Jochen Taßler, Lara Straatmann und Adrian Breda über eine gesellschaftlich ziemlich vergiftete Debatte und ihre Drahtzieher.“

Der Spessart in Hessen. Im Schichtdienst liegen Rolf Zimmermann und seine Mitstreiter hier auf der Lauer. Sie hoffen auf seltene Wildvogelarten. Es ist eine Vogelbeobachtung der besonderen Art. Denn eigentlich geht es um etwas anderes.

Rolf Zimmermann, Bürgerinitiative Windkraft im Spessart: „Wir haben hier eine Klage gegen diese sechs Windkraftanlagen, die hier genehmigt sind, laufen. Und die können wir nur verhindern – das muss man eindeutig sagen – nur über naturschutzrechtliche Gegebenheiten. Das heißt, wenn wir hier feststellen würden, es wäre ein Flugraumbereich von Rotmilan, Schwarzstorch, Schwarzmilan hätten wir eine Chance, die möglicherweise noch zu verhindern.“

Windräder zerstören die Natur, sagen die Windkraftgegner. Sie haben sich als Naturschutzorganisation anerkennen lassen. Nur so haben sie nun auch das Recht, gegen die Windräder zu klagen.

Rolf Zimmermann, Bürgerinitiative Windkraft im Spessart: „Die ursprüngliche Motivation von der Bürgerinitiative Windkraft im Spessart - In Einklang mit Mensch und Natur war sicher die Gefahr, dass unsere Dörfer durch Windkraftanlagen umzingelt werden. Und da ist den Bewohnern bewusst geworden, was das bedeutet.“

Solche Bürgerinitiativen gibt es viele. Eine Untersuchung zeigt, 325 Windkraftanlagen werden derzeit in Deutschland beklagt. Es ist einer der Gründe, warum der Ausbau der Windkraft stockt. Im ersten Halbjahr 2018 wurden 497 Windkraftanlagen gebaut. Im ersten Halbjahr 2019 waren es nur noch 86; ein Rückgang um 83 Prozent, und der niedrigste Stand seit Jahren. Mehrere Umfragen zeigen, die Mehrheit der Deutschen ist für Windkraft. Aber die Minderheit der Gegner ist laut. Auch im Odenwald haben sich Windkraftgegner formiert. Ihnen geht es nicht nur um die Windräder vor ihrer Haustür. Es geht um die Energiewende insgesamt.

Mann: „Wir müssen doch nicht so tun, als wenn wir Deutschland, ja, einen Pups loslassen, dass man den in Amerika noch wahrnimmt.“

Frau: „Und dann kann nicht der Tenor sein: schneller, schneller, schneller und von oben jetzt wird's heiß – ihr müsst unbedingt. Egal, was da passiert und was mit dem Klima ist. Man muss den Weg überprüfen.“

Die Argumente der Bürgerinitiativen ähneln sich. Auch weil sie inzwischen immer stärker vernetzt sind. Viele sind Mitglieder im Bundesverband „Vernunftkraft“. Wenn sich irgendwo Bürgerinitiativen bilden, bekommen sie hier eine Art „Erste-Hilfe-Paket“. Flyer, Plakate und Argumente gegen Windkraft und Energiewende zum Download. Auch Peter Geisinger hat sich am Anfang bei Vernunftkraft informiert.

Peter Geisinger, „Vernunftkraft“ Odenwald: „Weil ich bei meiner Recherche zu dem Thema Windkraft auf diese Vereinigung gestoßen bin. Und habe das dann als Fundgrube für Informationen wahrgenommen. Das war absolut hervorragend.“

Vernunftkraft unterstütze derzeit gut 900 Initiativen, heißt es beim Bundesverband. Dessen Vorsitzender ist Nikolai Ziegler. Windkraft hält er grundsätzlich für den falschen Weg. Genauso wie die Energiewende insgesamt.

Nikolai Ziegler, Bundesinitiative „Vernunftkraft“: „Wir sagen, was wir jetzt betreiben, nützt diesen Klimazielen überhaupt nicht. Wir reduzieren unsere Emissionen nicht, wir verschwenden nur Unsummen an Geld, und ja, zerstören unsere Natur vor Ort und zeigen der Welt, wie man es am besten nicht macht.“

Experten sehen das anders. Natürlich gebe es Probleme, aber die seien lösbar. Vernunftkraft ignoriere das.

Patrick, Graichen, Agora Energiewende: „Im Grunde leugnen die Vernunftkraftleute natürlich den menschengemachten Klimawandel. Was sie ja dann beantworten müssten, wenn sie den, die Klimakrise und die Herausforderungen der Erderwärmung ernst nehmen würden, ist, wie soll denn sonst unser Strom produziert werden, wenn nicht mit Wind und Sonne? Und diese Antwort liefern sie nicht.“

Peter Geisinger ist inzwischen selbst bei Vernunftkraft und organisiert den Widerstand gegen die Windkraft im Odenwald. Und nicht nur das, er hält auch Vorträge gegen die Energiewende. Die AfD hat ihn dafür schon nach Berlin eingeladen.

Peter Geisinger, „Vernunftkraft“ Odenwald: „Der Zwischentitel meines Vortrags lautet: Die Energiewende, ein totalitäres Projekt.“

Von den etablierten Theorien zum Klimawandel hält Geisinger wenig. Den Treibhauseffekt etwa zweifelt er grundsätzlich an.

Peter Geisinger, „Vernunftkraft“ Odenwald: „Es gibt – das will ich nicht verhehlen – sehr viele ernstzunehmende Wissenschaftler, die die Theorie des Treibhauseffektes durch CO₂ für physikalisch unhaltbar halten. Und wir haben im Moment das Problem, das große Problem, dass diese Meinungen vom Mainstream ausgegrenzt werden.“

So oder so ähnlich reden viele Vernunftkraft-Vertreter. Und auch online verbreitet Vernunftkraft Zweifel am Klima-Konsens, teilt etwa pseudowissenschaftliche Theorien über Sonnenflecken und Meldungen über angeblich drohende Eiszeiten. Offiziell positionieren will sich der Verband zum menschengemachten Klimawandel nicht, da sei man neutral.

Reporter: „In dem Moment, wo sie sich nicht hinter den überwältigende Mehrheit der Wissenschaft stellen. Sind Sie dann nicht schon klimawandel-skeptisch?“

Nikolai Ziegler, Bundesinitiative „Vernunftkraft“: „Das mit der überwältigenden Mehrheit ist ja so eine Sache. Diese 97 Prozent, die da zitiert werden, da halte ich nichts davon. Erst mal wurden da im Wesentlichen Leute befragt, die irgendwie schon in dieser Klimawissenschaft drin sind. Und nicht alle Wissenschaftler. Da gibt es also auch Papiere von renommierten Leuten, die auch ganz viele Unterstützer haben, die das alles sehr kritisch sehen.“

Patrick, Graichen, Agora Energiewende: „Es gibt innerhalb der wissenschaftlichen Community keinen Streit zum Thema Klimawandel. Das Thema ist in allen Fachzeitschriften ausdiskutiert und wir sehen ja jetzt, dass all die Prognosen, die uns die Klimawissenschaft vor 20 Jahren gemacht hat, jetzt eintreten. Wir sind jetzt bei einem Grad globaler Erderwärmung schon angekommen. Ich wüsste gar nicht, was es noch mehr an Belegen braucht.“

Und doch sind es die grundsätzlichen Zweifler, die im politischen Prozess zum Ausbau der Windkraft zunehmend Gehör finden. Regelmäßig sitzen Vernunftkraft-Vertreter als Sachverständige in parlamentarischen Ausschüssen. Und manchmal sogar mit der Politik am selben Tisch. Die Uckermark, Wahlkreis des CDU-Bundestagsabgeordneten Jens Koeppen. Er sitzt auch in einer AG der Bundesregierung, die Instrumente für mehr Akzeptanz bei der Windkraft erarbeiten soll. Beim Treffen mit lokalen Windkraftgegnern sitzt dieser Mann neben ihm: Rainer Ebeling. Er ist Schriftführer von Vernunftkraft. Und fordert strenge Abstandsregeln zwischen Windrädern und Wohngebieten.

Rainer Ebeling: „So wie es Bayern hat, Polen hat es, Finnland hat es. Also es ist auch nicht aus der Luft gegriffen. Und es ist auch nur ein Kompromiss. Ich kenne viele Meinungen, die sagen, selbst 10 H ist zu wenig.“

Die sogenannte 10-H-Regelung definiert Mindestabstände zwischen Windrädern und Wohngebieten. Sie besagt, dass der Abstand mindestens zehnmals so groß sein muss wie das Windrad hoch ist. Im Ergebnis meist etwa 2.000 Meter. Eine sehr weitgehende Regelung, die es bislang nur in Bayern gibt. Jens Koeppen will sie auch bundesweit einführen – ganz im Sinne von Vernunftkraft.

Jens Koeppen (CDU), Bundestagsabgeordneter: „Zu einer Windkraftanlage, die 240 Meter hoch, muss ein Abstand von mindestens 2.000 Metern da sein, wenn nicht sogar von 2.400 Metern. Das ist Voraussetzung, weil die Geräuschbelastung, der Schattenwurf, der Infraschall, alles das schädigt die Gesundheit der Menschen.“

Wissenschaftlich belegt sind gesundheitliche Schäden durch Windkraftanlagen nicht. Auch deshalb halten Experten wenig von pauschalen Mindestabständen. Und, in Bayern haben sie den Ausbau der Windkraft praktisch lahmgelegt. Würden bundesweit Mindestabstände eingeführt, dürfte es ähnlich laufen. Allein, weil kaum noch Fläche übrig wäre. Deutschland hat eine Gesamtfläche von gut 350.000 Quadratkilometern. Davon sind etwa 0,9 Prozent überhaupt für Windkraft ausgewiesen. Bei einem pauschalen Mindestabstand von 2.000 Metern – wie de facto in Bayern –

blieben nur noch 0,14 Prozent übrig. Und auch dort dürfte nur gebaut werden, wenn nichts anderes dagegen spricht – Naturschutz etwa.

Prof. Volker Quaschnig, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: „Wenn wir Mindestabstände haben, werden wir nicht mehr die Flächen erschließen können, die wir für die Energiewende brauchen. Deutschland hat dann keine Chance mehr, aus eigener Kraft klimaneutral zu werden. Und dann sollen die Herren, die die Mindestabstände fordern, doch bitte schön einmal erläutern, wie man in Deutschland dann sich die Energiewende und den Klimaschutz vorstellt.“

CDU-Mann Koeppen sagt, er stehe selbstverständlich zu den Klimazielen. Aber bei der Windkraft, da werde er hart bleiben. Die Ziele würden dann eben später erreicht.

Jens Koeppen (CDU), Bundestagsabgeordneter: „Das sind doch alles nur politische Vorgaben, wenn ich sage, bis zum Jahre 2030. Wenn ich es eben, Herrgott noch mal, bis zum Jahre 2030 nicht schaffe, dann habe ich es vielleicht aber 35 geschafft.“

Oder 2040? Oder 45? Oder 50?

Georg Restle: „Das Problem ist nur, so einfach aufschieben lässt sich der Klimawandel leider nicht.“